

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

**Anzeigen-Zarif.**  
Einmalige Anzeigen bis 100 Zeilen 10 Mk. Sonntags 15 Mk. Zweimalige Anzeigen bis 100 Zeilen 15 Mk. Sonntags 20 Mk. ...

**Wichtige Mitteilungen.**  
Die Dresdner Nachrichten sind heute in den Hauptstädten Deutschlands ...

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3801.

Gegründet 1862.  
**J. A. Bruno König**  
Brautmöbel  
Dresden-L., Koenigsplatz 37 :: :: Illustr. Katalog bitte verlangen.  
Dresden-L., Apollonplatz und Hauptstrasse.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38/40.

**Kunstaussstellung Emil Richter**  
Prager Strasse.  
**Fritz Gaertner**  
Mailackrodt-München. • Gemälde, Skulpturen, Graphik.

**Eine gute Uhr: das beste Geschenk**  
Solide **UHREN** v. 8 Mk. an  
Neuheiten in mod. Goldwaren  
**GUST. SMY**  
10 Moritzstrasse 10  
Ecke König-Johannstr.

**Oster-Spielwaren-Ausstellung**  
Entzückende Neuheiten!  
Sport- und Spielwaren **B. A. Müller**, Kgl. Sachs. Hoflieferant  
Prager Strasse 32/34.  
Tennis-, Fußball-, Croquet- und alle Sommerspiele.

**Tuchwaren.** Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, **Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Uniformtuche** für Königlich Sächsische Staatsforstbeamte in echter Farbe.  
**Hermann Pörschel**  
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Nachhaus).

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Bitterung:** Südwestwinde, kühl kein erheblicher Niederschlag.  
Der Betrieb der elektrischen Straßenbahn Schandau-Lichtenhainer Wasserfall ist heute eröffnet worden.  
In Görlitz beging ein Untertertianer wegen Richterfälschung einen Selbstmordversuch, in Saarbrücken wurde ein Untertertianer erhängt aufgefunden.  
Das ungarische Kabinett Khuen-Hedervary ist in der bisherigen Zusammenfassung neu ernannt worden.  
Ueber den Gesundheitszustand des Papstes sind beunruhigende Gerüchte im Umlauf.  
Der englische Bergarbeiterstreik ist im Erlöschen, in den Böhmischen Westeten wird die Beendigung des Ausstandes Ende dieser Woche erwartet.  
Bei Studentenunruhen in Pragaza (Portugal), zu deren Unterdrückung Militär aufgeboten werden mußte, wurden 5 Personen getötet und 23 verwundet.

## Der Reichstag

neht mit einer wenig erfreulichen Bilanz in die Osterferien. Seine positiven Arbeitsleistungen sind mit knappen Worten abzutun: die ersten Beratungen der Vorlage über die Staatsangehörigkeit und des Schutztruppen-Vergewaltigungswertes, zwei Handelsverträge, die Interkonvention und zwei Interpellationen, die eine über den Kartoffelzoll, die andere über den Ausstand im Ruhrgebiete, das ist alles, was bisher geschafft worden ist. Dagegen weist gerade die bedeutungsvollste Aufgabe, die Erledigung des Etats, die dem Reichstage in erster Linie oblag, einen ganz außergewöhnlichen Rückschlag auf. Die zweite Lesung des Etats ist nämlich bis zu den Osterferien nicht weiter vorgeschritten als bis zum Reichsamte des Innern, der Post- und Telegraphenverwaltung und der Reichsdruckerei. Alles andere, Heeresverwaltung, Marine, Kolonien, Steuern und Zölle, Auswärtiges, mußte auf die Zeit nach den Ferien verschoben werden, und das ist ein so umfangreicher Stoff, daß in der Presse bereits die Befürchtung zum Ausdruck gekommen ist, man werde nicht einmal mit Sicherheit auf die Fertigstellung des Etats bis zum 1. Juni rechnen können. Etwas Rehnliches ist in der parlamentarischen Geschichte des Reiches bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen, und es wirkt ein sehr schlechtes Licht auf die neue Linksorientierung im Reichstage, daß in ihrem Zeichen gleich im ersten Anlaufe ein so kühnliches Ergebnis der parlamentarischen Tätigkeit verzeichnet werden muß. Gewiß darf nicht übersehen werden, daß der Reichstag diesmal wegen der im Januar vollzogenen Wahlen, die ihm den Beginn seiner Arbeiten erst in der ersten Hälfte des Februars ermöglichten, erheblich weniger Zeit zur Bewältigung des Etats gehabt hat. Dann hätte er aber um so mehr Eifer auf eine rasche, sachliche Behandlung des Etats verwenden und alle von der geraden Bahn absetzenden Erörterungen vermeiden müssen, wie es der Reichstag, bei dem im Anfange seines Daseins die Zeitverhältnisse ganz ähnlich lagen, getan hat. Statt dessen aber hat die Sozialdemokratie alle Schläfen ihrer agitatorischen Genkerbereidbarkeit aufgezoogen und die kostbaren Stunden in wahrhaft unverantwortlicher Weise vergeudet, und von Seiten der bürgerlichen radikalen Linken ist dieses able Beispiel nur zu vielfach nachgeahmt worden. Das ist wieder einmal ein Beweis dafür, wie sehr jede Verschlebung der parlamentarischen Lage nach der extremen linken Seite dem Uebel der unfruchtbaren Plektrednerlei zu parteipolitischen Zwecken Vorschub leistet und die sachliche Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung, auf der das Ansehen des Parlamentarismus beruht, in bedenklicher Weise vermindert.

Die Art, wie der Reichstag bislang gearbeitet hat, kann jedenfalls nicht dazu beitragen, den üblichen Eindruck der Vorgänge bei der Präsidentenwahl im Lande zu verwischen und der nationalen Öffentlichkeit Meinung größeres Vertrauen auf den Charakter der neuen parlamentarischen Wera einzuschießen. Auch die eigenartigen Beschlüsse der Geschäftsordnungskommission sind nur dazu angetan, in allen streng monarchisch und nationalgesinnten Kreisen das Mißtrauen gegen die Köpfe der Linken zu verstärken. Soweit dabei doch die „kurzen Anfragen“ in Betracht kommen, kann man sich zur Not noch mit dieser beabsichtigten Neuordnung einverstanden erklären. Danach

soß der Reichstag das Recht erhalten, daß aus seiner Mitte an zwei Tagen jeder Woche vor Eintritt in die Tagesordnung Anfragen an den Reichskanzler gestellt werden, die von diesem mündlich oder schriftlich zu beantworten sind, falls er nicht überhaupt die Beantwortung verweigert. Eine Debatte ist unzulässig, und die Stellung und Beantwortung der Fragen soll nicht über eine Stunde in Anspruch nehmen. Der Reichskanzler hat hierzu erklärt, daß er der Einführung der „kurzen Anfragen“ nicht unbedingt ablehnend gegenüberstehe. Immerhin kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß eine solche neue Einrichtung in unserem parlamentarischen Leben von Seiten der radikalen Linken mißbräuchlich angewendet werden und zu weiteren Verschleppungen der sachlichen Arbeit führen könnte. Ein ganz unzweifelhaftes dringendes Bedürfnis zu dieser Art von Anfragen besteht keinesfalls.

Ein weiterer Vorschlag der Linken in der Geschäftsordnungskommission fordert dagegen den geschlossenen Widerstand aller überzeugten Anhänger unseres monarchisch-konstitutionellen Systems heraus, weil die Sache darauf hinausläuft, daß nach dem Muster der parlamentarisch regierten Staaten das Mißtrauensvotum gegen die oberste verantwortliche Stelle im Reich eingeführt werden soll. Der hieraus resultierende Beschluß wurzelt in den Ereignissen der vielberufenen Novemberkrisis des Jahres 1908. Damals fand der Gedanke, angelegentlich absolute Reaktionen durch Erweiterung der Volksrechte zu beschränken, in weiteren Kreisen solchen Anklang, daß die radikalsten Vorschläge sich aus Tageslicht wagen durften. Von fortschrittlicher Seite wurde eine Reihe von Anträgen eingebracht, nach denen dem Reichstage das Recht der Anklage gegen den Reichskanzler vor einem neu zu bildenden Staatsgerichtshofe, wegen schwerer Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Reiches durch pflichtwidrige Handlungen oder Unterlassungen“ auf Grund des Beschlusses einer Zweidrittelmehrheit eingeräumt werden sollte. Die Sozialdemokraten übertrumpften diese Anträge durch die haushälterische Forderung, daß der Reichskanzler zu entlassen sei, wenn der Reichstag es verlange, und gleichzeitig wurde von freisinnigen und Sozialdemokraten zusammen auf Erweiterung des Interpellationsrechtes des Reichstages gedrungen. Die ganze Bewegung verlor sich dann im Sande, als infolge der Enthaltungen über die Rolle, die Fürst Bülow bei der Novemberkrisis gespielt hatte, die öffentliche Meinung die dieser Krise zugrunde liegenden Ereignisse richtiger einzuschätzen begann. Nunmehr glaubt aber die extreme Linke die Zeit reif zur Wiederaufnahme der damaligen Bestrebungen, und so ist der vorgedachte Beschluß der Geschäftsordnungskommission zustande gekommen, der seinem sachlichen Inhalte nach besagt, daß es künftig gestattet sein soll, mit Interpellationen Anträge zu verbinden, durch die dem Reichskanzler die Billigung oder Mißbilligung des Reichstages ausgesprochen wird. Man hat allerdings, um den damit angesprochenen Uebergang zum parlamentarischen System äußerlich zu verschleiern, die ursprüngliche Form des Antrages dahin abgeändert, daß nicht von Billigung oder Mißbilligung, sondern nur davon die Rede sein soll, ob die Haltung des Reichskanzlers der Anschauung des Reichstages entspreche oder nicht entspreche. Die grundsätzlichen Bedenken gegen das Vorgehen der Kommission werden indes durch diesen etwas milderen Ausdruck nach keiner Richtung beseitigt. Der Kern der Sache ist und bleibt doch, daß dem Reichstage die Befugnis gegeben werden soll, auf die Entfennung eines Reichskanzlers hinzuwirken, der dem Parlamente nicht genehm ist. Das ist der eigentliche Zweck der Uebung, und wenn erst einmal die jetzt von der Geschäftsordnungskommission genehmigte Bestimmung praktische Geltung erlangen würde, so würden sehr bald auch die weitergehenden Anträge auf Gründung eines Staatsgerichtshofes und Verleihung des Anklagerechtes gegen den Reichskanzler an den Reichstag wieder auf der Bildfläche erscheinen. Das muß man bei der Beurteilung der grundsätzlichen Tragweite des Beschlusses der Geschäftsordnungskommission auf Erweiterung des Interpellationsrechtes des Reichstages wohl bedenken. Kein überzeugter loyaler Anhänger unserer streng monarchisch-konstitutionellen Einrichtungen kann und darf sich mit einem solchen ersten Schritte auf dem Wege zum parlamentarischen Staat einverstanden erklären, weil die weiteren Konsequenzen davon nicht abzusehen sind und kein wahrhafter Patriot die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen vermag, daß er zu einer Erschlüpfung des rocher de bronze

unserer monarchischen staatlichen Autorität beiträgt. Es kann denn auch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß die Regierung den hier erörterten Beschluß der Geschäftsordnungskommission von der Schwelle aus zurückweisen wird.

## Neueste Drahtmeldungen

**Der Kaiser bei den Ausgrabungen auf Korfu.**  
Korfu. (Priv.-Tel.) Der Kaiser begab sich heute früh in Begleitung des Prinzen August Wilhelm zu den Ausgrabungen bei Gariha, die jetzt wieder aufgenommen worden sind. Sein besonderes Interesse erregte der in seiner Abwesenheit gefundene Altar des altgriechischen Tempels aus dem 7. Jahrhundert zu Christi Geburt. Nachdem Professor Doerpfeld in längeren Ausführungen darauf hingewiesen hatte, daß Korfu höchstwahrscheinlich die Insel der Phaeaken sei, bestimmte der Kaiser, daß nicht nur die Grabungen bei Gariha fortgesetzt werden sollen, sondern daß systematische Ausgrabungen auch an weiteren Stellen zu erfolgen haben, wo möglicherweise die vorhistorische Phaeakenstadt gestanden haben könnte und wo noch Reste von Altertümern aus der klassischen griechischen Zeit vermutet werden.

**Deutscher Flottenbesuch in Amerika?**  
London. (Priv.-Tel.) Eine Berliner Meldung des „Daily Mail“ will wissen, daß im Juni dieses Jahres ein deutsches Geschwader die Vereinigten Staaten in Erwiderung der Anwesenheit mehrerer amerikanischer Kriegsschiffe im Kieler Hafen 1911 besuchen werde. Auf Wunsch des Kaisers werde auf der Hebriden ein neuer transatlantischer Reford aufgestellt werden.

**Die Heberschwemmungen im Spreetunnel.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Untersuchungen durch Taucher im Spreetunnel scheinen die anfängliche Vermutung zu bestätigen, daß sich infolge der Untergrabungen ein Tunnelstück etwas gesenkt hat und dadurch Risse entstanden sind. Allen Anschein nach ist das Tunnelstück nur unbedeutend beschädigt. Die Taucherarbeiten werden erst wieder fortgesetzt werden, wenn der Betrieb der Untergrundbahn auf der Strecke Leipziger Platz-Spittelmarkt wieder aufgenommen ist. Dann werden die Reparaturen am Tunnelstück, sowie am Bauwerk am Ende geführt.

**Wieder ein Schülerelbstmord.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Schülerelbstmorde mehren sich wieder. Außer dem bereits berichteten Fall aus Bonn wird aus Görlitz gemeldet, daß sich am dortigen Reformgymnasium der Untertertianer Krahl in der Schulklasse bei der Neuverteilung wegen Nichtverzeihung durch einen Revolveranschlag schwer verletzete.

**Das Erlöschen des englischen Bergarbeiterstreiks.**  
London. Weitere Kohlengruben in Warwickshire haben heute früh den Betrieb wieder eröffnet. Eine allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit wird für Montag erwartet. Eine Bergarbeitervereinbarung in Glasgow beschloß mit großer Mehrheit, den Bergleuten zu empfehlen, für die Wiederaufnahme der Arbeit zu stimmen.

**Die Arbeitszeit in den französischen Bergwerken.**  
Paris. Die Kammer setzte in der Vormittagsitzung die Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitszeit in den Bergwerken fort und nahm den Artikel 1 an, nach dem die Arbeitsdauer der Bergleute 8 Stunden nicht überschreiten darf, gerechnet von der Zeit der Einfahrt der letzten Arbeiter bis zur Ankunft der ersten Ausfahrenden. Für Aufseher, Geometer, Waidhühner, Pferdewechter und Feiger wird die Arbeitszeit auf 9 Stunden festgesetzt. Auch der Artikel 4 wurde angenommen, durch den schwebende Verhandlungen aus Gründen der Sicherheit und der nationalen Verteidigung und ferner Uebergriffen von nicht mehr als 15 Tagen im Jahre bei außergewöhnlichen Notwendigkeiten und in Fällen einer außerordentlichen Krise als Folge von Kohlenmangel zugelassen werden. Die Regierung kann zu weiteren Abweichungen ermächtigen.

**Aus der Reichsduma.**  
Petersburg. Die Reichsduma beendete heute die Generaldebatte über den Ausgabebetrag des Ministeriums des Innern und nahm den Etat, der mit 90 281 100 Rubel balanciert, gemäß den Vorschlägen der Budgetkommission unverändert an. Die Debatte brachte bei dem Minister des Innern eine Interpellation ein, die durch den Postzensor verbotenen Bezug ausländischer Zeitungen, wie „Vorwärts“, „Luzitansk“ usw. für die Dumaabstufung. Die Interpellation wurde einer Kommission zur Beratung überwiesen. Die Nationalisten brachten einen Initiativantrag ein, für die Nordpolarexpedition des Kapitäns Sedow 50 000 Rubel anzusetzen.

**Eine Tragödie auf den Schienen.**  
Böhmischbrod. (Priv.-Tel.) In der Station Borisan der Staatsbahn ereignete sich eine erschütternde Tragödie. Der Aufsichtswärter Blask überfiel den Bahnwächter Doubrava und bearbeitete ihn mit seinem